

## **OFFENER BRIEF DES KREISVORSTANDES DER SPD STUTT GART ZU DEN SONDIERUNGSERGEBNISSEN ZWISCHEN CDU/CSU UND SPD**

Liebe Saskia, lieber Lars,

der Bundestagswahlkampf 2025 war geprägt von Themen und Vorschlägen, bei denen die Spaltung unserer Gesellschaft stärker hervortrat als das, was uns eint. Getrieben von den hohen Umfragewerten für die extreme Rechte und deren vermeintliche Übermacht in den sozialen Medien stiegen auch demokratische Parteien in einen Überbietungswettbewerb möglichst harter Forderungen bei Migration, Ausweisung, innerer wie äußerer Sicherheit oder im Umgang mit Menschen im Sozialbezug ein.

Für die SPD muss klar sein, dass ein erfolgreicher Kurs zur Stärkung der Demokratie nur ein solcher sein kann, der das verlorene Vertrauen zurückgewinnt, in dem er darauf setzt, die Interessen der Menschen, die von ihrem Lohn leben oder auf Transferleistungen angewiesen sind, in den Fokus nimmt. Dabei darf nicht unterschieden werden, wo diese Menschen herkommen oder welche persönliche Lebensentscheidung sie für sich getroffen haben. Die SPD muss mit ihrer unumstößlichen Haltung aus ihrem Grundwert der Solidarität heraus dafür sorgen, dass Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in diesem Land verwirklicht werden.

Aus dieser Überzeugung muss die SPD in anstehenden Koalitionsgesprächen auf die Umsetzung folgender Eckpunkte in einer neuen Bundesregierung drängen, die teilweise im Widerspruch zum Sondierungspapier zwischen CDU/CSU und SPD vom 8. März stehen:

### **Für eine humane und europäische Migrationspolitik Staatsangehörigkeit**

Unserer Demokratie verkörpert gleiche Mitbestimmung, gleiche Chancen und gleiches Recht für alle Bürger\*innen. Wollen wir wirklich hinter diesen Anspruch zurückfallen? Wenn wir erlauben, dass aus dem Fortschritt der doppelten Staatsangehörigkeit ein Rückschritt unserer Grundsätze wird, ist das kein Rechtsruck sondern Abkehr von unserer Geschichte. Diese hat uns gelehrt, dass die Aberkennung der Identität, der Staatsangehörigkeit ein Mittel der Einschüchterung und Unterdrückung ist. Wir als SPD sollten das wissen, unsere SPD musste das selber erfahren. Deutsche\*r Bürger\*in zu sein, ist nicht nur ein Privileg, sondern auch Zugehörigkeit in unserer Gesellschaft und eine Verantwortung unserer Demokratie gegenüber. Gesinnung oder Straftat darf nicht zur Aberkennung der Staatsangehörigkeit führen, egal ob eine doppelte Staatsbürgerschaft gegeben ist. Dieser Grundsatz muss erhalten bleiben.

### **Familiennachzug beibehalten**

Wir dürfen uns nicht über das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention hinwegsetzen. Auch den subsidiären Schutz bei Flucht erhalten wir. Wir dürfen nicht zulassen, dass Flüchtlinge um ihre Familien bangen müssen, sondern sollen ihnen helfen, wieder

gemeinsam sein zu können. Besonders weil die Familie oft erst ermöglicht, sich integrieren zu können.

#### Europäisches Recht einhalten bei Grenzkontrollen

Schengen ist ein historischer Erfolg unseres Kontinents und der weiteren EU-Integration und erlaubt es, in Freiheit sich zu bewegen und unsere Wirtschaften zu stärken. Die Grenzkontrollen der letzten Monate haben dieses Recht auf Freizügigkeit stark beeinträchtigt mit kaum wirksamen Effekten für die Sicherheitslage. Es darf nicht über EU-Recht hinweg entschieden und unsere gemeinsamen Fortschritte der EU durch weitere Grenzkontrollen geschädigt werden.

Es braucht verlässliche Aussagen, wie es im Herbst nach der Verlängerung der Grenzkontrollen weitergeht. Der freie Warenverkehr und die Personenfreizügigkeit müssen weiterhin gewährleistet sein. Flächendeckende und dauerhafte Kontrollen an allen deutschen Grenzen sind weder akzeptabel noch haltbar.

#### Keine Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan

Syrien und Afghanistan sind de facto keine sicheren Herkunftsländer. In Afghanistan herrschen die Taliban, eine Terrororganisation, über das Land mit eiserner Hand. Aus Syrien erreichen uns Berichte von Gefechten und Massakern gegen Minderheiten und Zivilist\*innen.

Menschenrechte und einen Rechtsstaat, der diese Rechte garantiert, findet man nicht.

Menschen dorthin abzuschicken, widerspricht unserem Verständnis der Moralität und Menschenrechte.

#### Bundesaufnahmeprogramm erhalten

Das Bundesaufnahmeprogramm erlaubt Menschen, die aus Afghanistan vor den Taliban flüchten müssen, eine schnelle Aufnahme um in Sicherheit zu gelangen.

Die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen am Programm hilft dabei dem Prozess immens, indem sie auch in die Strukturen eingebunden werden. Solche Programme dürfen nicht gestoppt werden, angesichts einer immer zuspitzenden globalen Lage, in der die Fluchtbewegung eher zunehmen wird. Angesichts dieser Entwicklung dürfen wir uns nicht vor unseren Werten scheuen und müssen klar für die Menschen sorgen.

#### Haftbefehle werden auch weiterhin von der Staatsanwaltschaft beantragt

Die Kompetenzübertragung auf die Bundespolizei bei der Durchsetzung von Abschiebungen, wonach diese Haft oder Ausreisegewahrsam beantragen kann, um ausreisepflichtige Ausländer\*innen abzuschicken, lehnen wir ab. Wir halten an unserer Bewertung vom Januar fest, dass das Beantragen von Haftbefehlen ausschließlich in der Zuständigkeit der Staatsanwaltschaften liegt. Das gebietet die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. So ist sichergestellt, dass die strafprozessualen Vorschriften rechtmäßig angewandt werden. Bei Gefahr im Verzug kann schon jetzt das Gericht den Haftbefehl von Amts wegen erlassen.

### **Arbeitnehmer\*innenrechte schützen und den Sozialstaat stärken**

Die SPD darf nicht zulassen, dass unter dem Deckmantel der Wirtschaftsförderung allzu leichtfertig erstrittene Errungenschaften der Sozialdemokratie als Verhandlungsmasse zur Disposition gestellt werden. Es muss unbedingt verhindert werden, dass die "Abschaffung von Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten" nichts anderes als das Aufweichen von gesetzlichen Vorgaben zum Schutz von Arbeitnehmer\*innen sowie Verbraucher\*innen und der Umwelt bedeuten wird. Kombiniert mit dem formulierten Ziel, die Vermittlung in Arbeit zu stärken und einen vollständigen Leistungsentzug vornehmen zu wollen, führen diese Ziele potenziell zu einer erheblichen Schwächung der Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten in unserem Land. Dies muss entschieden verhindert werden. Anstatt paternalistische Stereotype zu bedienen, muss die SPD dafür sorgen, dass diese abgebaut werden. Es dürfen keine weiteren Verschärfungen im Bürgergeld stattfinden. Sie reißen einen Spalt in unserer Gesellschaft. Die Sanktionen diskriminieren Menschen, die es nicht sofort in die Arbeitswelt schaffen.

Es muss dringend die - vielleicht letzte - Chance genutzt werden, auf Basis einer breiten Mehrheit der Gesellschaft die sozialen Sicherungssysteme grundlegend zu reformieren und dadurch zukunftsfest zu machen. Es gilt, das Zwei-Klassen-System in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung endlich zu beenden und damit die Solidarität zwischen den Generationen und Einkommensklassen elementar zu stärken.

### **Verantwortung für die Demokratie übernehmen!**

Die Lehren und Erfahrungen der Geschichte zeigen uns, dass nur die Zusammenarbeit der Demokrat\*innen die Demokratie schützt. Wir begrüßen deshalb den Versuch möglichst schnell eine neue Regierung mit demokratischen Parteien zu bilden, in einer geopolitischen Lage, in der Europa die Verlässlichkeit Deutschlands braucht. Diese Regierung muss handlungsfähig sein. Neben der hier geäußerten Kritik, begrüßen wir ausdrücklich die geplante Reform der Schuldenbremse zu Gunsten von Investitionen in die Zukunft und Sicherheit unseres Landes. Dies schließt ein, dass Investitionen nicht bloß aus dem Haushalt in die Sondervermögen verschoben werden und zweitens dauerhafte und jährliche Investitionen gesichert sind.

Gleichwohl muss klar sein, dass eine Regierungsbildung nur aufgrund äußerlichen Zwangs keine Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sein kann. Die SPD steht für Solidarität. Ein Koalitionsvertrag, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt mehr gefährdet als stützt, kann für die SPD nicht tragbar sein und wird von der SPD-Basis nicht unterstützt. Das muss auch die Union erkennen. Daher sind Zusicherungen bei einer humanitären Migrationspolitik und dem Schutz der Arbeitnehmer\*innenrechte unerlässlich. Wir bitten euch, in den Koalitionsverhandlungen darauf hinzuwirken.

Solidarische Grüße

Der Kreisvorstand der SPD Stuttgart